

TOP 5 Mentoring Programm Kreistagsrede Jens Schmitz KT 20190401

Das 6. Niedersächsisches Mentoring-Programm zur Kommunalwahl 2021 soll den Frauenanteil in der Politik erhöhen.

Auf dem ersten Blick vermutet man einen Wegbereiter für die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau, welche natürlich auch die AfD unterstützt!

Schaut man sich die Hintergründe allerdings etwas genauer an, stellt man fest, dass die sog. etablierten Parteien offensichtlich nicht in der Lage sind, ihre selbst gesetzten Frauenquoten durch eigene Attraktivität zu erfüllen. Die offensichtlich mangelnde Attraktivität einer Partei soll hier zu einer Gesellschaftsaufgabe stigmatisiert werden!

Eine Ausnahme hingegen, gibt es:

bei der Linken und bei den Grünen Frauen, die mit 54% die Männer zur Minderheit erklären.

Die Bundeszentrale für politische Bildung gibt an, dass nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts sich nur 39% der Frauen, aber 59 % der Männer für Politik interessieren.

Ein politisches Engagement erfordert aber auch ein politisches Interesse!

Lt. einer Statistik vom 30. Juni 2017 auf einem Online-Portal liegt der Frauenanteil in der Berufsgruppe Erziehung, Hauswirtschaft und Theologie bei 83,8%,
in medizinischen Berufen bei 82,7%,
bei Berufen in Recht und Verwaltung immerhin noch bei 75,7%,
und selbst in Berufen der Unternehmensführung und Organisation liegt der Frauenanteil in Deutschland bei 64,3 %.

Nun frage ich hier in die Runde:

Wie hoch mag der Frauenanteil in Deutschland bei Hoch- und Tiefbauberufen sein?

Ich nenne Ihnen die Zahl: magere 1,5%.

Eine Frauenquote ist der Anfang, wird danach eine Quote für intersexuelle Menschen eingeführt? Für Migranten oder anderen Minderheiten?

Oder soll es ein Rekrutierungsprogramm darstellen für die etablierten Parteien, weil die Menschen inzwischen bei der Alternative für Deutschland Mitglied werden?

Vielleicht sollten wir uns daher mit den echten Problemen auseinandersetzen, denn der Deutsche Bundestag ist schon lange kein Spiegelbild der Gesellschaft mehr!

Ein hoher Akademisierungsgrad und der große Anteil an Berufspolitikern zeigt auf, dass nur bestimmten Gruppen der Gesellschaft eine politische Karriere überhaupt vorbehalten ist!

Die AfD setzt auf Individualität, Freiwilligkeit und Eigeninteresse, und lehnt daher als Fraktion die Beschlussvorlage ab.